

Junge Familien verzweifelt: Wohneigentum nur durch Erbe möglich!

Grüne Politikerin Dröge kritisiert hohe Mietpreise und Erbschaftsungleichheit, fordert Maßnahmen für bezahlbaren Wohnraum.



Deutschland - Katharina Dröge, die Fraktionschefin der Grünen, hat sich in jüngster Zeit besorgt über die zunehmenden Schwierigkeiten junger Menschen beim Erwerb von Wohneigentum geäußert. In ihrem Appell betont sie, dass es für diese Generation nahezu unmöglich sei, ohne Erbschaften ein eigenes Zuhause zu besitzen. Die Wohnsituation in Städten sei für viele Familien mittlerweile unbezahlbar, was die Wohnungssuche erheblich erschwert.

Die Problematik wird durch die massiv steigenden Mieten in Großstädten verstärkt, die besonders junge Menschen und aufstrebende Familien belasten. In diesem Kontext forderte Dröge sowohl die Union als auch die SPD auf, mehr für eine

gerechte Vermögensverteilung und bezahlbaren Wohnraum zu unternehmen. Ihr Blick auf die ungleiche Verteilung von Vermögen und Erbschaften in Deutschland ist kritisch: Sie bemängelt, dass die Parteien im Koalitionsvertrag nicht ausreichend Maßnahmen zur gerechteren Verteilung festgelegt haben.

Maßnahmen zur Mietpreisbremse

Ein zentrales Element im Koalitionsvertrag ist die vierjährige Verlängerung der Mietpreisbremse, die bis Ende 2026 gültig sein soll. Diese Regelung sieht vor, dass eine Expertengruppe in der Zwischenzeit eine Reform der Mietpreisbremse erarbeiten wird. Dröge hat klar darauf hingewiesen, dass Indexmieten nicht komplett verboten werden sollen, jedoch in angespannten Wohnungsmärkten strenger reguliert werden müssen.

In einer kritischen Auseinandersetzung mit der Mietpreisbremse äußert sich auch Prof. Dr. Harald Simons, Vorstand des Beratungsinstituts Empirica. Er stellt fest, dass die Mietpreisbremse ihren ursprünglichen Zweck verfehlt und das Problem der Angebotsverknappung und Preissteigerung eher verschärfen könnte. Die geplante Verlängerung der Mietpreisbremse bewertet Simons als erwartbar, sieht jedoch die Regulierung als einen Faktor, der die Marktbedingungen langfristig nicht ins Gleichgewicht bringen kann. Stattdessen führt die Mietpreisbremse seiner Meinung nach zu einem Nachfrageüberschuss und senkt die Fluktuationsrate.

Kritik und Vorschläge zur Wohnungsmarktsituation

Simons geht weiter und argumentiert, dass auch eine flächendeckende Einführung der Mietpreisbremse keine Lösung für die zugrundeliegenden Probleme von Angebot und Nachfrage darstellt. Der CEO von Vonovia, Rolf Buch, bringt eine soziale Staffelung der Mietpreisbremse ins Gespräch, doch dies sieht

Simons als kompliziert undproblematisch an. Stattdessen empfiehlt er, die Kappungsgrenze für Bestandsmieten zu erhöhen, um mehr Wohnungen auf den Markt zu bringen.

Ein weiterer kritischer Aspekt, den Simons anführt, betrifft die Instandhaltung und Modernisierung von Wohnungen. Die Mietpreisbremse könnte negative Auswirkungen in diesem Bereich haben, da Vermieter zunehmend die Kosten für Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten an neue Mieter weitergeben. Früher wurden Wohnungen nach dem Auszug eines Mieters saniert, was heute im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld nicht mehr rentabel ist. Diese Entwicklung könnte langfristig die Qualität und Verfügbarkeit von Wohnraum in den betroffenen urbanen Gebieten gefährden.

Die Diskussion um die Wohnraumsituation und die Mietpreisbremse verdeutlicht, dass umfassende Reformen notwendig sind, um die Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt für junge Menschen und Familien zu bewältigen. Die Forderungen nach gerechterer Vermögensverteilung und bezahlbarem Wohnraum werden damit zunehmend lauter.

Für weiterführende Informationen können die Berichte von **Welt**, **ARGE** und **Haufe** konsultiert werden.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Deutschland
Quellen	• www.welt.de • www.arge-online.org • www.haufe.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de